

## Rezensionen

Klaus Hirsch & Klaus Seitz (Hg.):  
*Zwischen Sicherheitskalkül, Interessen und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik. Frankfurt a.M./ London: IKO 2005, 311 Seiten*

Die Debatte über die ethische Dimension von Entwicklung, Entwicklungspolitik und Entwicklungs-„Hilfe“ hat offensichtlich Konjunktur. Der vorliegende, auf eine Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll zurückgehende Band unterstreicht, wie dringlich diese Diskussion geworden ist – gerade angesichts der aktuellen Annäherung zwischen Sicherheits- bzw. Militärpolitik und Entwicklungspolitik, die in mancher Hinsicht bereits eine Tendenz zur Verschmelzung aufweisen. Dies wird hier durch einen Text der Staatsministerin im Auswärtigen Amt *Kerstin Müller*, der auf die notwendige „Kohärenz“ der verschiedenen Politikfelder abhebt, ebenso dokumentiert wie durch *Ulrich Menzels* Skizze der „neuen Politisierung der Entwicklungspolitik“, die auf die Perspektive „liberaler Protektorate“ (nach R. Cooper, S. 57) und letztlich die Rehabilitation des „gerechten Kriege“ als „eigentliche ethische Begründung für humanitäre Intervention“ hinausläuft (57) – wahrhaft post-modern, bedenkt man, dass diese Doktrin aus guten Gründen am Anbruch der Moderne in Europa verabschiedet wurde, jedoch weit expliziter formuliert als in Menzels Buch *Paradoxien der neuen Weltordnung*. Ergänzt wird der Strauß der im ersten Teil präsentierten „Herausforderungen“ durch *Wolfgang Sachs*, der das Johannesburg-Memorandum der Heinrich Böll Stiftung von 2002 zusammenfasst und dabei neben der

– immanent sicher nachvollziehbaren – Forderung nach der „Reduktion des ökologischen Fußabdrucks der Konsumentenklasse in der Welt“ (57) nebenbei die interessante Thesen vertritt, Bedürfnisse und Generation seien „sozial neutrale Begriffe“ (19). Wen es nicht stört, sich eines extremen Eurozentrismus schuldig zu machen, mag letzteres zur Not hingehen lassen, ersteres ist absurd, bedenkt man nur jegliche Definition von Armut, die Sachs dauernd in der Feder führt. Der Verweis auf eine Klasse, die nur als „Konsumenten“ definiert ist, läuft schließlich auf einen schlecht, da nur noch abstrakt moralischen Appell hinaus. Angehörigen einer so amorphen Gruppe bleibt nur noch die Option, sich allenfalls schuldbewusst an die Brust zu schlagen, wenn sie den nächsten Big Mac verspeisen.

Ernsthafte sozialetische Überlegungen beziehen stärker die Ebene realistisch zu fordernden Handelns mit ein, auch wenn sie unweigerlich einen gewaltigen Überschuss über das Bestehende oder auch nur mittelfristig Realisierbare enthalten. *Thomas Kesselring* diskutiert das Verhältnis eines auf Kant zurückgehenden, vor allem an John Rawls orientierten Begriffs der Gerechtigkeit zu „internationaler Hilfe“ (79) sowie zur Einlösung von Menschenrechten, deren Einschränkungen letztlich am Kriterium der Bewahrung der „Bedingungen friedlicher Kooperation“ zu messen sei (81). Anders als Rawls verweist Amartya Sen nach den „Verwirklichungschancen“ (76), die Menschen in unterschiedlichem Maß zugewiesen bekommen und damit auf die materielle Dimension der Bedingungen der Möglichkeit zur Einlö-

sung von Rechten, die Kesselring jedoch nicht weiter verfolgt. Aus anderer Perspektive unterstreicht *Corinna Mieth* die Bedeutung derartiger Überlegungen, wenn sie ausgehend von der Frage, ob Pflichten zur Hilfe auf innerstaatlicher und dann auf internationaler Ebene ethisch zu begründen seien, gegenüber der Untersuchung der Pflichten gegenüber den „Armen und Notleidenden“ auf die „Menschenrechte“ verweist, die diese „hier geltend machen können“ (101). Hieraus ergibt sich die „Pflicht, gerechte Institutionen zu schaffen“ und ferner das Postulat, „der Staat“ müsse eine aktive Rolle übernehmen; ein Mangel an gerechten Institutionen fiele dann als Pflicht auf die Einzelnen zurück als „Bürger der Staaten, die ihrer Hilfspflicht ... nicht nachkommen“ (102) – ganz im Sinne des Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Mieth abschließend zitiert und der bekanntlich das Recht auf eine den Menschenrechten angemessene soziale und internationale Ordnung proklamiert.

All dies freilich mag unter den Autorinnen und Autoren dieses Bandes gar nicht kontrovers sein. Der springende Punkt ist dann erreicht, wenn die Begriffe der „Hilfe“ und erst recht der „gerechten Institutionen“ konkretisiert werden. Hier geht es vor allem um erstere und ihr Verhältnis zu „Sicherheit“. Ausgehend von der Vorstellung einer der Entwicklungspolitik zugute kommenden „Terrordividende“ nach dem Ausbleiben der am Ende des Kalten Krieges erhofften „Friedensdividende“ (128) verweist *Klaus Seitz* zunächst auf den „von jeder militärischen und realpolitischen Engführung“ abgesetzten Sicherheitsbegriff Amartya Sens und Sadako Ogatas, der „den Schutz vor allen Gefahren, die Menschen in Angst und Not versetzen, umfasst“ (131). Auch wenn dies teilweise

in offiziellen Verlautbarungen der Bundesregierung seinen Nachhall findet, so ist doch die Definition „nichtmilitärische(r) Bedrohungen“ als „sicherheitsrelevante Risiken“ geeignet, „alle Experimente“ der Intervention „in humanitäre Krisen jeglicher Art gerade auch mit militärischen Mitteln“ zu legitimieren (133). Die Annäherung zwischen beiden Politikfeldern tendiert zur Unterordnung der Entwicklungspolitik, zur Anrechnung sicherheitspolitischer Aufwendungen auf die Entwicklungsetats mit entsprechenden Konsequenzen für die Quote der EZ am BIP usw. Komplementär dazu sieht Seitz die aktuelle Migrationspolitik im Sinne der „Festung Europa“ (135ff), was vollends den Forderungen krass widerspricht, die von Mieth auf der Grundlage des Standes der sozioethischen Debatte umrissen wurden. Ergänzend verweist *Alexander Lohner* (Misereor) auf die Gefahr, dass „Bedrohungsszenarien“ die Bedeutung „unveräußerliche(r) Grundrechte“ zugunsten der „Fixierung auf schnell erreichbare Ergebnisse“ in den Hintergrund drängen (148) sowie den „notwendigen Wandel“ im Norden gänzlich ausblenden (150), wobei der „neue Interventionismus“ generell „die Komplexität der notwendigen Bemühungen um die Konsolidierung von Friedensprozessen“ verkenne (154). Auch im Kriegsfall fordert Lohner eine Parteinahme für die Opfer und Verpflichtung zum Vorgehen gegen „Verletzungen des humanitären Völkerrechts“ anstelle der „kurzfristigen Intervention“ im Sinne einer „eng ausgelegten Katastrophenhilfe“ (156). Zugleich sei es Aufgabe der NGO und der kirchlichen Hilfswerke, auf der Verantwortung der institutionalisierten Politik zumal bei gewaltsamen Konflikten, aber auch angesichts des Millenniumsziels der Halbierung extremer Armut bis 2015 immer

wieder zu beharren. Was dies bedeutet, illustriert eindrucksvoll die kritische Bewertung der Entwicklungspolitik der EU von *Joachim Lindau* (Brot für die Welt), der die deutliche Gefahr einer regressiven Tendenz gerade auch angesichts von Bestimmungen im EU-Verfassungsentwurf sieht, die im Hinblick auf die Eigenständigkeit der Entwicklungszusammenarbeit hinter die Kriterien des Maastrichter Vertrags zurückfallen.

Dass mit solchen Forderungen auch Probleme verbunden sind, zeigt *Lothar Brock* mit dem Blick auf die Eigendynamik der Entwicklungsagenturen, die immer wieder Gefahr laufen, ihre sich fast unvermeidlich bildenden Klientelnetzwerke nur noch zu reproduzieren und damit „zu Selbsthilfegruppen“ zu werden, „die in erster Linie sich selbst helfen“ (174). Davon sind kirchliche Organisationen ausdrücklich nicht ausgenommen. Es wird deutlich, dass der auch von Brock ähnlich wie zuvor in den sozialetischen Beiträgen bemühte Begriff der „wohlverstandenen Eigeninteressen“ als interessenorientierte Umformulierung des Postulats der „Solidarität mit den Armen“ (180) immer noch der Füllung bedarf. Der oft propagierte „neue Realismus“ geht fehl, denn das Kriterium muss Brock zufolge gerade „eine politikfähige und insofern *realistische Utopie*“ „einer friedensfähigen Welt“ (181) sein, wobei „die EZ ihr Proprium darin zu finden versuchen (könnte), dass sie eine globale Perspektive auf“ „alle Lebensverhältnisse“ entwickelt (182).

Die institutionellen Voraussetzungen solcher Anstrengungen auf internationaler Ebene rekapituliert *Wolfgang Benedek* und unterstreicht dabei einmal mehr „die Nichtverwirklichung der 1945 vereinbarten Regeln und Institutionen für die Nachkriegsordnung“ (195), wie sie sich dann tatsäch-

lich entwickelt hat. Herausragend sind dabei die mangelnde Integration der ILO in das UN-System und die völlige Unabhängigkeit der WTO von der Weltorganisation, deren „Rahmen ... vollends unterlaufen“ wird durch das völlig informelle Machtzentrum der G 7/G 8 (199). Dem steht der Wunsch nach einer „stärkeren Verrechtlichung der internationalen Beziehungen“ (204), aber auch die „Sachnotwendigkeit“ einer „Konstitutionalisierung der Internationalen Wirtschaftsordnung“ (205) gegenüber, die, wie Benedek glaubt, auch innerhalb der WTO inzwischen gesehen wird. Hinzu kommen Momente wie die verstärkte Berücksichtigung nichtstaatlicher Akteure. Mit einem besonders wichtigen, sicher aber auch problematischen Ausschnitt solcher Tendenzen, den Verhaltensregeln für Unternehmen im Sinne einer *Corporate Social Responsibility* als Moment von *Global Governance*, befasst sich *Brigitte Hamm*. Auch wenn es Bestimmungen mit starker staatlicher Beteiligung sowie auf UN-Ebene gibt, vermisst Hamm die Bereitschaft von „Staaten und internationalen Organisationen[,] ihre Steuerungsfunktionen beherzter und konsequenter wahr[z]nehmen“ (221) oder mehr Aufklärungsarbeit zu leisten – ein deutlicher, wenn auch in seinen Konsequenzen hier nicht explizierter Beleg für die wahren Machtverhältnisse in diesem zentralen Bereich. Eher deskriptiv ist der Überblick von *Ute Hausmann* über menschenrechtsorientierte Entwicklungspolitik am Beispiel des Rechtes auf Nahrung gehalten, das freilich einleuchtend aus der Systematik der Menschenrechte begründet wird. *Jens Martens* schließlich plädiert für eine offensive Politik im Bereich der Globalen Öffentlichen Güter, die auch „ökonomisch rational“ sei, da „den Mehrausga-

ben ... gesellschaftliche Minderausgaben in weit größerem Umfang gegenüber“ stünden.

Der Band wird durch vier stärker bildungspolitisch orientierte Beiträge abgeschlossen, die von der Sozialethik über die Soziobiologie bis hin zur Frage weltbürgerlicher Bildung noch einmal das Problem einer Begründung und Vermittlung internationaler Solidarität in den Blick nehmen. Insgesamt enthält er eine ganze Reihe höchst nützlicher und anregender Beiträge zum aktuellen Stand der Debatte und Praxis von Deutschland ausgehender Entwicklungszusammenarbeit, die allesamt deutlich unterstreichen, dass es ernsthaft Anlass zur Beunruhigung wenigstens für diejenigen gibt, die gerade unter friedenspolitischen Gesichtspunkten die Notwendigkeit einer eigenständigen EZ sehen und begründete Zweifel an der Rhetorik eines schwerpunktmäßig mit militärischen Mitteln umgesetzten humanitären Interventionismus hegen.

Reinhart Kößler

**Christian Kellermann: *Die Organisation des Washington Consensus. Der Internationale Währungsfonds und seine Rolle in der internationalen Finanzarchitektur*. Bielefeld: transcript 2006, 323 Seiten**

Die Studie von Christian Kellermann beschäftigt sich mit der Kristallisation eines hegemonialen Reformdiskurses im Umfeld des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Anschluss an die global ausstrahlende Asienkrise (1997ff) und weiterer Erschütterungen des internationalen Währungs- und Finanzsystems (Argentinien, Russland, Brasilien u.a.). Kellermann zielt grundlegend auf die machtanalytische Rekonstruktion der Reformbeiträge in einer hegemonial strukturierten und institutionell ver-

fassten Währungs- und Finanzordnung und verzichtet (dankenswerterweise) darauf, einen weiteren (scheiternden) Beitrag zur Überwindung virulenter Krisen im globalen Währungs- und Finanzsystem leisten zu wollen. Sein Erkenntnisinteresse besteht darin, den Problemkontext in seiner ganzen konstitutiven Breite verstehen zu wollen. Konsequenterweise wendet sich Kellermann daher in der Entwicklung seines *theoretischen Analyse Rahmens* kritischen Theorien der Machtkonstitution in der Disziplin der Internationalen Beziehungen zu und versucht *empirisch* anhand grundlegender Reformdebatten um die zukünftige Funktion des Fonds sowie insbesondere der gescheiterten Initiative für ein internationales Insolvenzrecht für hoch verschuldete Länder seine theoretischen Analysekonzepte zu plausibilisieren.

Nach einem akademischen Parforceritt durch die etablierten Theorien der Internationalen Beziehungen (21ff), entwickelt Kellermann aus einer Reihe von *kritischen Machttheorien* im Anschluss daran sein eigenes Analysekonzept. Orientiert an der neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie wird der Machtbegriff *multidimensional* gefasst, d.h. die Bedeutung von Ideen, Institutionen und (materiellen) Interessen für die Machtkonfiguration im internationalen System wird herausgearbeitet. Kellermann erweitert den neo-gramscianischen Ansatz um diskurstheoretische, institutionentheoretische und akteurstheoretische Elemente, um den Reformdiskurs im IWF im Anschluss an die Asienkrise analysieren zu können (31ff).

Nach einer kurzen Beschreibung der veränderten Rolle seit Ende des Bretton-Woods-Systems in den 1970er Jahren (71ff), werden fünf „Diskurskoalitionen“ (Keck & Sikkink) bzw. „epistemic communities“ (Haas) im IWF-Reformprozess identifiziert,

die sich nach den Erschütterungen der „Asienkrise“ formiert haben: die „Laissez-Fairers“, die „internationale Finanzgemeinde“, die „Institutionalisten“, die „internationalen Finanzmarktstabilisierer“ und die „Globalisierungskritiker“ (123ff). Das hegemoniale Netzwerk der internationalen Finanzgemeinde, dessen politisches Zentrum das US-amerikanische Finanzministerium in Verbindung mit entscheidenden Marktakteuren ist („Wall-Street-Treasury-Complex“), erlangte seine hegemoniale Position aus seiner strukturellen Macht über die Steuerung der Kapitalflüsse und der diskursiven Macht seines wissenschaftlichen Apparates (140ff).

Nach der Akteursanalyse untersucht Kellermann, inwieweit der IWF im Anschluss an die breite Reformdebatte seine Politik grundlegend verändert oder schlicht nur angepasst hat (169ff). Hierzu werden vier Diskursstränge der IWF-Reformdebatte (Transparenz, Fazilitäten, Konditionalitäten und Kapitalverkehrsliberalisierung) untersucht. Kellermann gelangt zu dem Schluss, dass die vielschichtige Kritik am Fonds und sich daran anschließendes institutionelles Lernen im Fonds die hegemonialen Kräfte nicht geschwächt, sondern vielmehr reproduziert haben. Der dominanten „internationalen Finanzgemeinde“ gelang es stets, „ihre Vorstellungen im Sinne des *Washington Consensus* durchzusetzen, da der IMF in seiner Rolle als *Lender of Last Resort* ausgebaut und seine Funktion als Strukturanpassungsorgan gefestigt wurde“ (205).

Abschließend untersucht Kellermann das Scheitern der Reforminitiative um ein internationales Insolvenzrecht (209ff). Es wurde im Jahr 2001 von der damaligen Vizedirektorin, der konservativen Ökonomin Anne Krueger, auf die IWF-Reformagenda gesetzt. Von Beobachtern als „Pau-

kenschlag“ (Heribert Dieter) gehandelt, zeigt die Analyse Kellermanns, wie ein bereits seit langer Zeit bekannter Reformansatz institutionell und diskursiv „klein gearbeitet“ wurde. Obwohl die Idee des internationalen Insolvenzrechts den Washington Consensus nicht in Frage stellte, gelang es einer Koalition aus Marktakteuren und Vertretern des US-Finanzministeriums, also konstitutiven Teilen der „internationalen Finanzgemeinde“, die Verankerung eines internationalen Insolvenzrechts in den Statuten des IWF zu verhindern. Ihr Erfolg – so Kellermann – ging zurück „auf die strukturelle Macht, die sie als zentrale Gläubiger und Investoren auszuüben imstande waren, sowie auf die kooptierten Eliten der zentralen Schwellenländer in Gestalt der G-24“ (263).

Im kurzen Fazit (267ff) resümiert Kellermann seine theoretischen und empirischen Ergebnisse. Die weitgehende Reproduktion des Washington Consensus verlief einerseits strukturell und andererseits diskursiv über die „Schaffung gültigen Wissens“, d.h. die dominante Akteursgruppe vermochte es, neben der (strukturell gegebenen) Kontrolle über Kapitalflüsse „Wahrnehmungen zu beeinflussen, die [...] auf den Finanzmärkten substanziell sind“ (275). Während die theoretischen Ansätze des Mainstreams der Internationalen Beziehungen die Reproduktion des Washington Consensus nicht vollständig zu erklären vermochten, erwies sich eine diskurstheoretische erweiterte (neogramscianische) Hegemonietheorie hierfür als fruchtbarer. Die „Organisation des Washington Consensus“ war durch die geführten Reformdebatten offenbar nicht ernsthaft in ihrem inhaltlichen Kern gefährdet.

Christian Kellermann hat eine außerordentlich material- und kenntnisreiche Arbeit in einem hochtechnischen und spezialisierten Bereich verfasst. Leider ist das

Buch an manchen Stellen etwas sperrig geschrieben, was wohl auf Übersetzungsschwierigkeiten jener technischen und opaken Rhetorik in dem analysierten Politikfeld zurückzuführen ist, jedoch den Erkenntniswert des Buches nur marginal schmälert. Die Verbindung von theoretischem Analyserahmen und methodischem Zugriff ist zudem nicht in jedem Punkt nachvollziehbar. Dies liegt einerseits – wie Kellermann selbstkritisch anmerkt – an der nicht immer einfachen analytischen Arbeit der „Artikulation von Institutionen, Strukturen und Diskursen“ (277) in diesem hochverschwiegenen Politikbereich. Andererseits fällt die Ableitung der methodischen Vorgehensweise aus dem entwickelten theoretischen Analyserahmen doch recht knapp aus (66-69). Man hätte sich zum Verständnis der argumentativen Vorgehensweise doch etwas mehr Ausführlichkeit gewünscht; es ist aber zuzugestehen, dass die Studie mit etwa 300 Seiten schon lang genug ist.

Doch dies sind vergleichsweise unbedeutende Kritikpunkte einer ansonsten sehr empfehlenswerten Studie über die Machtstrukturen in einem zentralen Politikfeld bzw. einer zentralen internationalen Organisation des globalisierten Kapitalismus. Die Richtigkeit von Kellermanns zentraler Erkenntnis, der erfolgreichen Reproduktion des Washington Consensus im Verlauf der IWF-Reformdebatten, wird jedenfalls durch die jüngsten dramatischen Entwertungen der Bretton-Wood-Institutionen unterstützt. Das offenbar reformresistente System aus IWF (und Weltbank) wird nicht durch Reformdiskurse, sondern dadurch untergraben, dass bislang hochverschuldete Länder ihre Schulden komplett zurückzahlen oder gar aus den internationalen Organisationen austreten (vom jüngsten Rücktritt des Weltbank-Präsidenten Paul Wolfowitz ganz zu

schweigen). In Kellermanns Worten: die strukturelle Macht – jene auf Strukturanpassung und Konditionalität basierte Kontrollmacht über Kapitalflüsse und Kredite – der internationalen Finanzgemeinschaft läuft leer, wenn die politische Macht des Fonds durch Entschuldung oder Austritt entwertet wird. Lässt sich der „Washington Consensus“ so grundlegend verwandeln? Durch Druck von außen? Wichtige Fragen, die die zukünftigen Reformdebatten in den beiden Schwesterorganisationen befeuern oder ihren Bedeutungsverlust verfestigen werden.

Kai Mosebach

**Aram Ziai: *Zwischen Global Governance und Post-Development – Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2006, 172 Seiten**

Das Wissen von der Entwicklung als „Wissen über die Falschheit anderer Lebensweisen und ihre notwendige Veränderung“ (S. 40) zu demaskieren ist eine der Absichten des Autors Aram Ziai. Den Entwicklungsdiskurs bezeichnet er in seinem Buch u.a. als eurozentrisch und markiert Kontinuitäten zum kolonialen Diskurs und verschont dabei auch den *Global Governance*-Diskurs nicht. Ziai entlarvt mittels einer postkolonialen diskursanalytischen Perspektive das Konzept der Entwicklung als Instrument der Herrschaft. Dieses erfahre seinen Ursprung bereits im Kolonialismus und werde durch die dichotome Einteilung der Welt in „Entwickelte und Unterentwickelte“ (Truman 1949) fortgeführt.

Der Autor will in seinem Buch v.a. „die Regeln und Implikationen der verbreiteten ‘Entwicklungssprache’“ (S. 9) dekonstruieren. Dem Buch liegt die Annahme zu Grun-

de, dass soziale Wirklichkeit diskursiv konstruiert ist. Dies analysiert Ziai am normativ aufgeladenen Entwicklungsbegriff und aktuellen Konzepten der Entwicklungspolitik.

Die beiden im Titel fokussierten Ansätze *Post-Development* und *Global Governance* bilden dabei nicht Gegenpole eines Spannungsfeldes, sondern eröffnen vielmehr den Blick dafür, welche unterschiedliche Wirklichkeitskonstruktionen aufgrund verschiedener theoretischer Zugänge entstehen. Ziai wählt die Foucault'schen Macht- und Diskursanalytik als Ausgangspunkt, um vor diesem Hintergrund verschiedene *Post-Development*-Ansätze vorzustellen, die sich in der Tradition Foucaults sehen.

Ob sich in der derzeitigen praktischen Entwicklungspolitik eine Neuorientierung vollzogen hat, untersucht Ziai aus diskursanalytischer Perspektive zum einen am Beispiel des Konzepts der globalen Strukturpolitik der rot-grünen Bundesregierung und zum anderen anhand der ideologischen Mechanismen im Weltbankdiskurs am Beispiel der „Armutsbekämpfungsstrategie“.

Der Autor beabsichtigt mit diesem Buch die Leserschaft zum Nachdenken über einen leichtfertigen Gebrauch der nicht wert- und herrschaftsfreien Begriffe wie „Unterentwicklung“ und „Entwicklungshilfe“ anzuregen.

Der Politikwissenschaftler und Soziologe Ziai beschäftigt sich seit Jahren mit diskursanalytischen und globalisierungskritischen Ansätzen sowie Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Er nimmt eine kritische, diskursive, sozialkonstruktivistische Perspektive ein. In seiner Dissertation befasste er sich mit dem klassischen Entwicklungsparadigma und der *Post-Development*-Kritik und analysiert vor diesem Hintergrund den Entwicklungs-

diskurs. Das vorliegende Buch stellt u.a. frühere Aufsätze zusammen.

Beginnend mit der Darstellung Foucaults in der Entwicklungstheorie stellt Ziai einige sich an Foucault anlehrende *Post-Development*-Ansätze – darunter Escobar, Ferguson, DuBois, Brigg, Timpf – vor. Alle arbeiten sich am Entwicklungsbegriff als Konstrukt ab, und stellen die Herrschafts- und Machtverhältnisse im Entwicklungsdiskurs heraus.

Im zweiten Kapitel beschäftigt er sich mit den imperialen Repräsentationen im kolonialen Diskurs und den Kontinuitäten, die sich im Entwicklungsdiskurs wiederfinden lassen. Daran anschließend arbeitet er im dritten Kapitel in Anlehnung an Foucault die Formationsregeln und Äußerungsmodalitäten des Entwicklungsdiskurses heraus.

Das folgende vierte Kapitel zeigt exemplarisch, welche Wirklichkeitskonstruktionen und Konstituierungen von Handlungen und Identitäten im Entwicklungsdispositiv verborgen liegen. Hier wird in Anlehnung an die triadische Analyse von Spike Peterson herausgearbeitet, dass in Ländern der Peripherie oftmals eine Identitätskonstruktion der „Unterentwicklung“ vorherrscht, welche die Menschen devot internalisieren oder auch strategisch annehmen, um in der Wirklichkeitskonstruktion der Geberländer als hilfsbedürftig zu gelten, wodurch Interventionen in die weniger entwickelten Gesellschaften ihre Legitimation erhalten (S.51). Im fünften Kapitel wird die diskursanalytische Perspektive konkret auf die Diskurse der Entwicklung, des Neoliberalismus und der Migration angewendet. Hier wird jeweils das Macht- und Gewaltmoment dieser Diskurse anschaulich herausgearbeitet.

Das anschließende sechste Kapitel über die Konzepte *global governance*, *good*

*governance* und Gouvernamentalität geht der Frage der Regierungsführung und ihrer Funktion im liberalen Herrschaftssystem nach und wirkt in seiner theoretischen Diskussion wie ein freistehender Exkurs.

Das siebte Kapitel über Kontinuität und Wandel diskursiver Formationen in den Nord-Südbeziehungen gestaltet sich wieder praxisnaher und beleuchtet ausgehend vom kolonialen und dann vom Entwicklungsdiskurs insbesondere das *global governance* Konzept aus postkolonialer Perspektive. So wird in diesem Kapitel u.a. die konstruierte Interessen-Identität zwischen den „Partnern“ sowie die Nichtbeachtung von ungleichen Artikulations- und Durchsetzungspotentialen sowie mehrdimensionale Ausschlussverhältnisse im globalen Regieren diskutiert.

Die anschließenden beiden Kapitel werden wieder theoretischer: Ziai widmet sich im achten Kapitel der Kritik an *Post-Development*-Ansätzen und arbeitet heraus, dass zwischen den beiden Strömungen des reaktionären Populismus und radikaler Demokratie unterschieden werden müsse. Während erster u.a. als zu unkritisch gegenüber kulturellen Traditionen und zu kritisch gegenüber Formen von (humanitärer) Hilfe auftreten, seien die radikaldemokratischen Ansätze sowohl für die Analyse als auch zum Aufzeigen von Alternativen fruchtbar. Das folgende neunte Kapitel vertieft noch einmal den *Post-Development*-Ansatz, indem der einschlägige Artikel „die Stimme der Unterdrückten“ von der Inderin Gayatri Spivak vor dem Hintergrund kolonialer Wissensproduktion diskutiert wird.

Besonders interessant sind nun die letzten beiden Kapitel, in denen Ziai zuerst die globale Strukturpolitik am Beispiel der Entwicklungspolitik der rot-grünen Bundesregierung aus diskursanalytischer Per-

spektive untersucht. Hier arbeitet der Autor heraus, dass Armutsbekämpfung im Konzept der globalen Strukturpolitik letztlich durch die Mechanismen des Marktes erfolgen soll, insbesondere „durch staatliche Maßnahmen, die eine freie Entfaltung der Marktkräfte erlauben, wie die Schaffung von ‘Wettbewerb’, makroökonomischer Stabilität und eines günstigen Investitionsklimas“ (S. 125).

Im letzten Kapitel analysiert Ziai schließlich die ideologischen Mechanismen im Weltbankdiskurs. Dass die Begriffe wie Neoliberalismus oder Kapitalismus nie explizit auftauchen und stattdessen viel von „empowerment“ die Rede ist, wertet er als einen Hinweis auf die sprachlichen und inhaltlichen Verzerrungen dieses Diskurses. Er resümiert, dass im Weltbankdiskurs trotz der Integration der Kritik am reinen Wachstums- und Modernisierungskonzept immer noch „die neoliberale Globalisierung als alternativlos“ dargestellt wird und somit eine weltmarktorientierte kapitalistische Weltordnung gefestigt wird (S.147).

Insbesondere für den Armutsdiskurs bzw. die Diskussion um die Millennium-Entwicklungsziele, die Armut lediglich als einen Mangel an Entwicklung und somit Abweichung von der Norm aber nicht als strukturelle Kehrseite von Reichtum oder misslungener Verteilung vermitteln, ist dieses Buch ein *Eye-Opener*.

Gleichwohl ist zu kritisieren, dass das Buch zum einen etwas unter einem fehlenden Spannungsbogen leidet und zum anderen an einigen Stellen ausführlicher hätte sein dürfen.

Das erste Kapitel mit seinem lohnenswerten Überblick über ältere und neuere Arbeiten des *Post-Development*-Ansatzes regt sehr zum Nachdenken und Weiterlesen an. Leider diszipliniert sich Ziai so sehr zur Kürze, dass die sehr knappen Darstel-

lungen eher die Gestalt von konzeptionellen Kostproben behalten. Mitunter ist das Buch theoretisch so voraussetzungsvoll und gleichzeitig dicht geschrieben, dass es jene ausschließen könnte, die sich neu auf die Problemstellung dieses Buches einlassen wollen.

Obgleich alle Kapitel der Leserschaft zu einem diskursanalytischen Scharfsinn verhelfen und die These von der Herrschaftsförmigkeit im Entwicklungsdiskurs gut herausgearbeitet wird, untersucht der Autor erst in den abschließenden beiden Kapiteln die wie im Titel anvisierten konkreten Formen der Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive in systematischer Weise. Auch im 4. und 5. Kapitel finden diskursanalytische Begriffe am Beispiel des Entwicklungs-, des Migrations- und des neoliberalen Diskurses ihre Anwendung. Es hätte jedoch der Stringenz des Buches gedient, wenn die Kapitel weniger frei stehende Ausarbeitungen wären, sondern in stärkerer Kohärenz zur im Buchtitel aufgeworfenen Untersuchungsabsicht aufgebaut wären. Auch ein abschließendes Fazit, in dem die grundlegenden Fragen noch einmal aufgegriffen und Analyseergebnisse bilanziert werden, hätte den Spannungsbogen des ganzen Buches stärker geschlossen.

Ziai demaskiert, aber er belehrt nicht. Vielmehr erhält die Leserschaft Anregungen, um das eigene Denken zu hinterfragen und selbständig nach alternativen Sichtweisen und Herangehensweisen zu suchen. Ziai geht es weder um das Anbieten von alternativen Patentrezepten noch will er Praktiken der Menschlichkeit (wie z.B. eine verbesserte gesundheitliche Versorgung für Säuglinge) als Instrument der Herrschaft kritisieren. Es öffnen sich hier Denk- und Handlungsspielräume für alle, die bereit sind, die soziale Konstruktion

hinter dem Begriff und Konzept der „Entwicklung“ zu hinterfragen und die Regeln, Ausschlussmechanismen und die Verwobenheit mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu dekonstruieren. Insofern hat Ziai die Absicht seines Buches voll erfüllt, die Leserschaft zum Nachdenken anzuregen.

Grundsätzlich ist dieses Buch somit sehr zu empfehlen, sowohl für die weitere wissenschaftliche Diskussion von kritischen Ansätzen in der so genannten Entwicklungstheorie und Diskursanalyse als auch für alle, die ihre politik-pragmatische Perspektive im Feld der internationalen Zusammenarbeit kritisch hinterfragen wollen.

*Antje Schultheis*

**Klaus Schlichte: *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika*. Frankfurt a.M.: Campus 2005, 329 Seiten**

Heutzutage ist bei Qualifikationsarbeiten, die gegenüber im Wissenschaftsbetrieb Höherrangigen verteidigt werden müssen, die nachvollziehbare Tendenz festzustellen, sich auf ein möglichst unbeackertes Nischenthema oder einen speziellen Teilaspekt zu konzentrieren, um die Angriffsfläche für mögliche Kritik zu minimieren. Gerade im Bereich der Nord-Süd-Beziehungen sind „große Theorien“ ja vermeintlich ohnehin gescheitert, weshalb der Rückzug auf die Mikro-Ebene oder allenfalls auf „middle-range“-Theorien angebracht scheint. Diese Taktik funktioniert meist recht gut, führt jedoch oft zu wenig kontroversen, aber ebenso wenig relevanten, und v.a. den „Blick aufs Ganze“ ausklammernden Forschungsergebnissen. Vor diesem Hintergrund mutet die Habilitation von Klaus Schlichte wohlthuend ana-

chronistisch an, hat sich der Verfasser doch nicht weniger vorgenommen, als eine Theorie staatlicher Herrschaft in der Peripherie auf der Grundlage einer Reformulierung des Gedankengebäudes der Internationalen Beziehungen zu entwerfen. Im Zentrum der Bemühungen steht „die Frage nach Macht und Herrschaft in der Weltgesellschaft“ (7), präziser: ein „theoretischer Entwurf, der es sich zur Aufgabe [macht], Bestimmungsgründe, interne Momente und Geltungsbedingungen staatlicher Herrschaft in ihrer historischen Ausbreitung als globales Grundmodell des Politischen umfassend darzulegen und zu erklären“ (10). Es gibt sicherlich weniger ambitionierte Aufgabenstellungen.

Zunächst beginnt Schlichte mit einer Kritik der gängigen Theorien Internationaler Beziehungen, denen er v.a. eine „unvollständige Emanzipation... von ihrem Gegenstand“ (sie unterliegen politischen und gesellschaftlichen Einflüssen sowie einer impliziten normativen Orientierung auf den Staat) und ein „unhistorisches Wissenschaftsideal“ (das eine beobachtungsunabhängige Realität annimmt, formale Logik und deduktiv-nomologische Erklärungen favorisiert, und Theoriebildung als systematische Sammlung allgemeiner Gesetze verstehen – und in der Praxis kaum umgesetzt wird) vorwirft (25). Die Disziplin der IB würde als „Beziehungslehre von Staaten“ betrieben, wobei deren Geschichtlichkeit keinerlei Bedeutung beigemessen und der „Sonderfall des westlichen nation-state“ zum allgemein gültigen Modell erhoben würde (29). Die durch „postmoderne“ Beiträge beginnende „selbstreflexive Bewegung“ in den IB hätte nur an den Rändern der Disziplin für „theoretische Unruhe“ gesorgt (31). Ein angemessenerer Bezugsrahmen sei demgegenüber eine „Theorie globaler Vergesell-

schaftung“, die Geschichtlichkeit und Gesellschaftlichkeit der Politik berücksichtige. Eine solche müsse „Weltgesellschaft als Prozess“ auffassen, der v.a. im „globalen Ausgreifen der Formen bürgerlich-kapitalistischer Vergesellschaftungsformen über ihren Entstehungskontext hinaus“ bestünde (35f). Sie müsse auch die „soziale Konstituierung des Politischen“ erfassen, von der der Staat nur ein Teil sei, aber die notwendige Einbettung des Staates in gesellschaftliche Dynamiken sei nicht (mehr) im Rahmen des „nationalen“ Paradigmas zu bewerkstelligen (38f), denn Gesellschaft sei nicht mehr als „national verfasst“, sondern nur noch als „globaler sozialer Zusammenhang“ zu denken (44). Grundlegendes Merkmal dieser Weltgesellschaft sei die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, das Nebeneinander von unterschiedlichen „Temporalitäten“, denn die kapitalistische Moderne habe sich weder gleichmäßig noch mit überall gleichen Ergebnissen entfaltet (46f). Die Theorie müsse aufgrund der Sprachabhängigkeit auch theoriegeleiteter Erfahrung eine Vielzahl von Beschreibungen kontrastieren und unterschiedliche methodische Vorgehensweisen (von quantitativer Makroanalyse bis zu vergleichenden Fallstudien) kombinieren, und letztlich kausale Erklärung und deutendes Verstehen vereinigen. Der Fokus einer solchen „politischen Soziologie der Weltgesellschaft“ liegt im vorliegenden Kontext auf dem Prozess der Institutionalisierung von Macht in staatlichen Herrschaftsstrukturen sowie auf dem gegenseitigen Konstitutionsverhältnis von Staat und internationalem System.

Unter Rückgriff auf Definitionen und Kategorien Max Webers, ergänzt um Elemente und Begriffe der Theorien Bourdieus, Elias' und Foucaults untersucht Schlichte nun den Formwandel politischer

Herrschaft in Europa zum „modernen rationalen Anstaltsstaat“ mit seinen Hauptmerkmalen der Entpersonalisierung und Rationalisierung. Dabei arbeitet er die Verregelung von Gewalt (mit der Befriedung und Disziplinierung der Gesellschaft), die Einbettung staatlicher Dynamiken in größere strukturelle Wandlungsprozesse (u.a. Rationalisierung, Bürokratisierung), die Differenzierung von Handlungsfeldern (u.a. Politik/Wirtschaft, legal/kriminell, öffentlich/privat) sowie die Herausbildung spezifischer Apparate und einer spezifischen Symbolik von Herrschaft als zentrale Elemente dieses Prozesses heraus. Das mit diesem Prozess nur mittelbar zusammenhängende moderne Staatsideal beschreibt diesen als Gewaltmonopolist, als nach innen und außen souveräne Instanz, als räumliche politische Einheit sowie als bürokratischen Apparat. Die widersprüchliche Beziehung zwischen Ideal und Wirklichkeit staatlicher Herrschaft versucht Schlichte zu fassen, in dem er Staat definiert als „ein Machtfeld, über dessen Grenzen auch mit Mitteln der Gewalt entschieden wird, und dessen Dynamik vom Ideal einer kohärenten, kontrollierenden, territorialen Organisation und von den Praktiken sozialer Akteure geprägt wird“ (106). Schlichte stellt Staaten also nicht mehr als fest gefügte Entitäten dar, sondern als zwar verfestigte, aber dynamische und zumindest potenziell instabile Resultate alltäglicher Praktiken, die in wechselseitigem Einflussverhältnis mit wirkungsmächtigen Vorstellungen stehen.

Wenn die Arbeit nun die „Formation des Staates in der Dritten Welt“ untersucht und dabei herausstellt, staatliche Herrschaft sei dort „unvollendet geblieben“ (111), so geht sie dabei deutlich differenzierter vor als gängige modernisierungstheoretische Darstellungen. Die Problematik pauschalisie-

render Sammelbegriffe wird erörtert, die Heterogenität vorkolonialer Formen wird anerkannt, und dennoch werden gemeinsame Strukturmerkmale herausgearbeitet, die auf die europäische Expansion und die Integration außereuropäischer Gesellschaften in den Weltmarkt und das internationale System zurückgehen. Schlichte diagnostiziert eine nur „unvollständige Aufhebung vorkolonialer Herrschaftsformen“ (116) im Kolonialismus und interpretiert den postkolonialen Staat als „soziale Wiederaneignung“, in der sich bürokratisch-moderne und lokal-traditionale Formen verschränken (120).

In den folgenden drei Kapiteln werden anschließend die Gewaltpraktiken, die Finanzierung und die symbolische Legitimierung staatlicher Herrschaft in der Peripherie näher betrachtet. Nach einer vergleichenden Analyse von Dekolonisations- und sozialrevolutionären Kriegen, Kriegen im „Entwicklungsstaat“, im „neopatrimonialen“ und im „peripheren sozialistischen Staat“ sowie zwischenstaatlichen Kriegen kommt Schlichte zu dem Schluss, dass die durch sie bewirkte Militarisierung weder einen Ausbau staatlicher Herrschaft noch eine engere Verschränkung von Staat und Gesellschaft (wie seinerzeit in Europa) nach sich gezogen hätte. „Das Wachstum der staatlichen Gewaltapparate korrespondierte nicht mit einem Ausgreifen des staatlichen Gewaltmonopols“ (173): Erstens weil keine Befriedung der Regionen erreicht wurde, sondern eine Diffusion von Gewalt einsetzte; zweitens weil die meist innerstaatlichen Kriege keine kollektive Identifizierung mit dem Staat schufen, sondern Machtungleichgewichte zwischen Bevölkerungsgruppen festschrieben; drittens weil eine Kommerzialisierung (private Sicherheitsdienste) und eine Kommunalisierung (Mobs) das unzureichend vorhande-

ne öffentliche Gewaltmonopol ersetzen; viertens weil v.a. nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ein (nicht ausschließlich interessengeleiteter) „humanitärer Interventionismus“ zur Internationalisierung von Herrschaftszusammenhängen geführt habe. Die staatliche Grundordnung der politischen Welt wurde durch diese Dynamiken zwar nicht in Frage gestellt, zu erwarten sei jedoch eine zunehmende Entfernung von Ideal des Gewaltmonopols.

Auch die Vorstellung der Finanzierung des Staates durch eine Steuer zahlende Bevölkerung entspricht nur in geringem Maße den beobachtbaren Praktiken. Die weniger als Gebühren für kollektive Güter, sondern historisch angemessener als erpresstes Schutzgeld einzuordnenden Steuereinnahmen werden Schlichte zufolge eng begrenzt durch den Mangel an Legitimität, an bürokratischen Voraussetzungen, und an staatlicher Autonomie gegenüber Mächtigkeitsgruppen. Die fiskalischen Strukturen der peripheren Staaten seien aus historischen Gründen mehr auf indirekte Steuern, Exportrenten, Kreditaufnahmen und politisch motivierte Zuwendungen ausgerichtet. Eine Rolle spielen dabei nicht nur das vielerorts immer noch bestehende koloniale Muster der Weltmarktintegration, sondern auch die Verhinderung einer strukturell nahe liegenden merkantilistischen Wirtschaftspolitik durch die internationalen Finanzinstitutionen. Die von diesen verordnete Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung habe darüber hinaus zu einem deutlichen Legitimitätsverlust staatlicher Herrschaft und einer wachsenden Informalisierung und Kriminalisierung nicht nur der Ökonomie, sondern auch der Politik geführt.

Weiterhin behandelt der Autor die Versuche symbolischer Legitimation staatlicher Herrschaft durch Gründungsmythen,

Nationalismus, Religion, Rituale, Klientelismus, Sprachpolitik und Rechtsetzung. Auch in diesem Bereich sind die Nachwirkungen der Kolonialherrschaft ebenso anzutreffen (der Nationalismus z.B. entstand oft als Legitimierungsdiskurs anticolonialer Bewegungen) wie eine Internationalisierung politischer Zusammenhänge beispielsweise durch internationalen Druck zur Anpassung der Rechtsformen oder die Beobachtung der Rechtspraktiken durch NGOs. Schließlich werden in einem Exkurs am Beispiel Ugandas die Dilemmata staatlicher Herrschaft im Hinblick auf die unterschiedlichen Bereiche (Steuern, Militär, etc.) illustriert.

Schlichtes (wenig überraschendes) Fazit ist, dass aufgrund all dieser (und weiterer) Faktoren die Dynamiken staatlicher Herrschaft in postkolonialen Staaten starke Unterschiede zu europäischen Staatsbildungsprozessen aufweisen. In ersteren gehe eine Militarisierung des Politischen oft mit einer schwindenden fiskalischen Basis und einer nur prekären Verstaatlichung des Rechts einher. Als wichtigste Tendenz wird „die Internationalisierung von Herrschaft bei gleichzeitig nachlassender Institutionalisierungsdynamik“ herausgestellt (282). Die zunehmende Informalisierung staatlicher Herrschaft werde jedoch oft als ihre Erosion fehlgedeutet. Vor diesem Hintergrund weist Schlichte auch auf die blinden Flecken und Widersprüche in den Interventionen des Westens mit dem Ziel des *nation building* und in der Architektur der *global governance* hin. Folgen dieses Informalisierungsprozesses seien die „Herrschaft der Intermediäre“ – lokaler Big Men, die gute über Kontakte in verschiedensten Sphären der Gesellschaft verfügen – und die Bifurkation der Sicherheitssysteme in kommerzielle private für die Reichen und kommunitäre selbsthilfebasierte für die

Mehrheit. Aufgrund der uneindeutigen Befunde und teils gegenläufiger Dynamiken könne jedoch nicht von einem endgültigen Scheitern des Projekts der Annäherung an das moderne Staatsideal die Rede sein.

In seiner Arbeit gelingt es Schlichte – und dies ist eine kaum zu überschätzende Leistung – erstens der Heterogenität der postkolonialen Staaten durch zahlreiche Beispiele und eine differenzierte, vorsichtige Argumentation gerecht zu werden; zweitens aber gleichzeitig gemeinsame Strukturmerkmale herauszuarbeiten und Theoriebildung zu betreiben. Er vermeidet einerseits einen modernisierungstheoretischen ‘Developmentalismus’, der im Drittweltstaat nur eine unvollkommene Vorstufe auf dem Weg zur Verwirklichung des europäischen Modells sieht; und erklärt andererseits die unübersehbaren Unterschiede staatlicher Herrschaft im Süden mittels politischer, ökonomischer und sozialer Faktoren, ohne auf kulturalistische Zuschreibungen zu rekurrieren, die in bester kolonialer Tradition die unzivilisierte Andersartigkeit der Nichtweißen für ‘failed states’ verantwortlich machen.

So lässt sich festhalten, dass der nicht eben unbescheidene Anspruch des Buches weitestgehend eingelöst wird. Zwei Kritikpunkte sind in diesem Kontext dennoch angebracht. Der kleinere betrifft ein unsauberes Lektorat, das nicht nur Schreibfehler, sondern auch Wiederholungen und eine verschluckte Fußnote übersehen hat. Der größere betrifft die Problematik, dass die im Zentrum stehenden Dynamiken staatlicher Herrschaft als geschlechtsneutrale Prozesse dargestellt werden. Von einer reflektierten, kritischen Theorie globaler Vergesellschaftung aber hätte man eine Einbeziehung der mittlerweile reichhaltigen feministischen Literatur zum Thema ei-

gentlich erwarten können. Davon abgesehen handelt es sich hier jedoch um eine bestechende Arbeit, die den Gegenstandsbereich des postkolonialen Staates jenseits von Eurozentrismus, Staatsfixiertheit und disziplinären Beschränkungen beleuchtet.

Aram Ziai

Ari Sitas: *Voices that reason – theoretical parables*. Pretoria: University of South Africa Press 2004, 134 Seiten

Seit den späten 1970er Jahren entwickelte sich in Südafrika eine engagierte Soziologie in engem Kontakt mit der Anti-Apartheidsbewegung, insbesondere mit den schwarzen Gewerkschaften. Ari Sitas, Professor für Industriesoziologie an der University of KwaZulu Natal, ist ein Vertreter dieser Richtung. Er hat bisher mit zahlreichen Veröffentlichungen zur Arbeiterbewegung auf sich aufmerksam gemacht (Koautor von *Beyond the Factory Floor*, 1992), auf internationaler Ebene als Mitherausgeber der ISA-Veröffentlichung *Gathering Voices: Perspectives on Social Science in Southern Africa*, 1996) sowie mit Dichtung und Theaterstücken (Hg. *Black Mamba Rising: South African Worker Poets in Struggle*, 1986; *Slave Trades*, 2000; *The RDP poems*, 2004). Über seine politischen und kulturellen Aktivitäten im Dialog mit einfachen Menschen erkannte er, dass deren kulturelle Zusammenhänge in ihren Erzählungen, kollektiven Erinnerungen und Erfahrungen Wissen über die südafrikanische Gesellschaft bargen, das von theoretischer Relevanz war. Auf dieser Erfahrung aufbauend entstand das hier vorzustellende Werk.

Mit *Voices that reason – theoretical parables* legt Sitas einen schmalen, zutiefst verunsichernden Band vor. Das Buch ist

methodologisch und theoretisch gesehen von Interesse. Es enthält im ersten Teil eine Reihe von Parabeln, die auf der Grundlage von populären Geschichten kulturelles Wissen aufgreifen und wiederum in einer Form präsentieren, die, wenn auch nicht mehrheitlich schriftlosen, so doch stark oral geprägten Kulturen eigen ist. Diese Parabeln wurden dann in Seminaren innerhalb und außerhalb der Universität zur Diskussion gestellt, um ihre Annahmen über die südafrikanische Gesellschaft zu entdecken.

Für eine derart problematische Methodologie zur Wissensgenese führt der Autor mehrere Gründe an: die Erfahrung in seinen akademischen und politischen Lehr-, und Forschungskontexten; die Bekanntheit mit Menschen, die in den Parabeln auftauchen, und in deren Angesicht ein solches Projekt Sinn machte; die frustrierende Erfahrung mit Generationen von oral mächtigen Studierenden, die in seiner Universität zusammengestutzt wurden und stets Unbehagen zeigten, ihre eigenen Gemeinschaften als „das Andere“ zum soziologischen Objekt zu machen; das theoretische Ziel, aus der Ausrichtung an vorhandenem sozialen Wissen, eine eigenständige (süd-)afrikanische Soziologie zu schaffen, um die Schwierigkeiten, die sich aus dem Import überseeischer Ansätze ergeben, zu überwinden; schließlich der politische Anspruch einer am Menschen orientierten Soziologie: „Ich dagegen vertrete die Meinung, dass die Mauer zwischen den Festungen von Wissen und Wissenschaft einerseits und den Forschungsfeldern andererseits abgebaut werden sollte. Die Problemkontexte der Fragen, auf die wir Antworten suchen, sollten ein Aushandeln mit den Mshengu, den Shelelembuze und den anderen sein. Lernen findet ebenso wie Theorisieren überall statt. Das Parabelprojekt fordert Wissen, das sich am Men-

schen orientiert, das großzügig abstrakt und gleichzeitig in Bezug auf seinen Kontext moralisch ist“ (69, Ü. WK).

Auf die Parabeln folgen Überlegungen zum eigenen Soziologieentwurf. Der dritte Teil enthält Theoretisierungen, die *durch* die Parabeln und *durch* den Diskussionsprozess allgemeine soziologische Aussagen ableiten. Die Inhalte sind vielfältig. Der Autor greift grundlegende soziologische Annahmen auf, diskutiert unterschiedlichste theoretische Ansätze, kritisiert sie und schlägt eigene Konzepte vor. Es geht dabei stets um die Moderne, die nicht mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus kam, sondern mit dem Kolonialismus.

Kernaussage sämtlicher Parabeln ist, dass moderne Institutionen – Fabrik, Gefängnis, Universität – Menschen disziplinieren, dass deren Navigationssysteme, ihre Kognition, Sprache und Interaktion hier kollabieren: „Die junge Frau (in einer der Parabeln, WK) erfährt *disoralia* – die Unfähigkeit, Parameter für sinnvolle kommunikative Praxis zu erstellen; *disvaluation* und *degendering* – sie ist nicht nur eine Nicht-Frau, sie ist ein neues Ding. Ihr war bereits gesagt worden, dass der Fluch ihrer Abstammung sie heimsuchen würde. Indem sie Werte und Normen überschreitet, indem sie dem Klang des Briefes (ihres Liebhabers, WK) folgt, verlässt sie ein signifikantes Wertesystem“ (90, Ü. WK). Das kann in verrücktem, desorientiertem, traumatisiertem Verhalten enden. Doch besteht zwischen jedem Einzelnen und seinen kulturellen Zusammenhängen einerseits und Institutionen andererseits immer ein gewisser Grad an Dissonanz, Widerstand, phantasievoller Überschreitung, eine Asymmetrie zwischen Struktur und Handlung, System und Praxis, Anrufung und Subjektivität. Selbst der Gefolterte in Isolationshaft verfügt über geistige Mechanis-

men, die ihm helfen, sich trotz Schmerz und Erniedrigung als Subjekt zu zentrieren. Die postmoderne Annahme eines dezentrierten Subjekts entpuppt sich zu einem privilegierten Stück Oberflächlichkeit: „Solch eine Konzeptualisierung wechselt Rollen, Strategien und Verhalten mit dem Bemühen, unsere Steuerungsmechanismen zu ‘zentrieren’, uns durch ein Gewirr von Zwängen und Prozessen hindurchzukämpfen. Das aktive, umleitende und abwehrende Handeln (...) sollte nicht mit dem autonomen Subjekt der bürgerlichen Aufklärung verwechselt werden, doch (...) wenn es ‘aufgibt’, ist das Ergebnis Fragmentierung, eine Zerstreuung in Bedeutungslosigkeit, Verrücktheit, Brechung“ (102, Ü. WK). Eine ähnliche theoretische Diskussion, die am bisherigen Kanon der Disziplin rüttelt, führt er zum Verhältnis von Macht, Freiheit und den Voraussetzungen gesellschaftlicher Emanzipation dort, wo keine Habermassche ideale Kommunikationsgemeinschaft gegeben ist, sondern schon die Möglichkeit, seine Meinung zu *sagen*, als Errungenschaft betrachtet werden muss.

Das Parabelprojekt stellt eine ganze Reihe soziologischer Gewissheiten in Frage. Schon der Status der Parabeln selbst ist verunsichernd. Es handelt sich nicht um „authentische Zeugnisse“, die man sich angewöhnt hat, aus diesen fernen Ländern zu erwarten, um sie dann in ethnographischen Sammlungen zur Schau zu stellen, sondern um eine experimentelle und theoretische Überarbeitung von sozialem Wissen in narrativer Form. Didaktisch sollen sie zu intellektuellem Arbeiten anregen. Sie sind Teil der Wissensgenese aber auch der Realität, bieten symbolisches Kapital für zukünftiges Handeln. Im Gegensatz zur traditionellen Parabel enthalten sie nicht *eine* Wahrheit, sondern bergen unterschiedliche

analytische Konsequenzen. Durch das Projekt werden Aktivitäten und Funktionen zusammengeschlossen, die wir zu trennen gewohnt sind. Nicht nur wird gelehrt, was erforscht wurde, sondern auch das erforscht, was durch die Parabeln vermittelt und diskutiert wird, und auch das ist Teil der Forschung.

So wird zumindest zeitweilig die angenommene Distanz zwischen Soziologe und Objekt aufgehoben, nicht um Machtverhältnisse zwischen Wissenschaftler und „Gegenstand“ zu entlarven, sondern um einen gemeinsamen Reflexionsprozess zu provozieren. Auch hier spiegelt sich Sitas Erfahrung wider: „Wir sind überzeugt worden, dass die ‘Erforschten’ nicht dasselbe sind wie ein Stück Kreide. (...) Die ‘Erforschten’ antworten, widersprechen, wehren sich gegen Klassifikationen und weisen darauf hin, dass der Forscher, Herr oder Frau Professor, auch Teil des Feldes ist (...)“ (41, Ü. WK). Das Buch will nicht *über* und nicht *für*, sondern *mit* Menschen Soziologie machen und hebt so die klare Trennung zwischen wissenschaftlichem und populärem Wissen auf, ohne auf einen apodiktischen Anspruch zu verzichten. Es wird unklar, wo überhaupt Soziologie anfängt und wo sie endet. Wahrhaftig, das Parabelprojekt sollte Anlass zu erkenntnistheoretischer Diskussion geben.

Sitas schöpft aus der klassischen wie der postmodernen Theorie, kritisiert beide für ihren Eurozentrismus und stellt ihnen eine Soziologie entgegen, die „weder vormodern, noch modern, noch postmodern“ sein soll, „universell verständlich“, „gleichzeitig arrogant lokal“ und „allgemein zugänglich“. Im gleichen Zuge schreibt er der Soziologie eine Rolle und Verantwortung in Wiederaufbau und Entwicklung seines Landes zu. Das heißt aber auch, dass er gegen alle

postmoderne Belächelung an emanzipatorischen Meta-Projekten festhält.

*Voices that reason* setzt dem Lamentieren im Süden über intellektuelle Abhängigkeit und soziale wie theoretische Irrelevanz ein Ende und wehrt sich dagegen, in eine der exotischen Nischen des „globalen kulturellen Bazar“ abgeschoben zu werden. Was man vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ratlosigkeit in den Soziologien des Südens jedoch vermissen wird, ist ein ausdrücklich programmatischer Anspruch. So steht das Werk als singuläre Glanzleistung eines gewitzten und kreativen Kopfes. Ob es dennoch zu einer neuen Orientierung in der Disziplin führen kann, wird von der Reaktion der wissenschaftlichen Gemeinschaft abhängen.

Wiebke Keim

Iris Wigger: *Die „Schwarze Schmach am Rhein“. Rassistische Diskriminierung zwischen Geschlecht, Klasse, Nation und Rasse*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2007. 347 Seiten

Dass das nationalsozialistische Regime 1937 auf der Grundlage ärztlicher Gutachten 385 Kinder von deutschen Frauen und dunkelhäutigen Besatzungssoldaten als „Rheinlandbastarde“ zeugungsunfähig machen ließ, ist dank der Arbeiten von Reiner Pommerin unter Historikern heute allseits bekannt. Weniger bekannt ist die schon der gleichen Logik folgende massive Kampagne gegen die als „schwarze Schmach“ deklarierte Präsenz dunkelhäutiger französischer Besatzungssoldaten im Rheinland, die vor allem zwischen 1919 und 1923 in Deutschland (unter maßgeblicher Beteiligung der Regierung), aber auch in England, USA, Italien und anderwärts geführt wurde. Iris Wigger hat diese Kampagne in der vorliegenden, sehr material-

reichen Studie analysiert und dazu neben offiziellen Erklärungen und Presseartikeln vor allem ein weites Spektrum von „Alltagsquellen“ wie Trivialromane, Pamphlete, Theaterstücke, Karikaturen, Gedichte und Filme herangezogen. Es geht ihr dabei jedoch nicht nur und nicht einmal in erster Linie um Deskription, sondern auch und vor allem um ein theoretisches Verständnis der Mechanismen, durch welche in der rassistischen Konstruktion der „schwarzen Schmach“ sexistische, rassistische, nationale und klassenbezogene Muster der Aus- und Eingrenzung mit einander verflochten wurden.

Die Kategorie *Geschlecht* ist absolut zentral für das Konstrukt. Im Mittelpunkt steht stets das Bild der weißen Frau als Opfer schwarzer Sexualität. Das Grundmuster ist dabei eines, das die weiße Frau in idealer Reinheit zeichnet, den Schwarzen als ein (*Rasse*-) Wesen von ungehemmter barbarischer Wildheit, das dem Tierreich näher steht als der Zivilisation oder bestenfalls im Kindesstadium der Evolution zurückgeblieben ist, in jedem Fall aber, wenn seine Triebe einmal angestachelt sind, zu keiner Instinkthemmung mehr fähig ist. Massenhafte Vergewaltigungen werden imaginiert und kolportiert, die nichts mit der Realität zu tun haben (die Zahl der entsprechenden Straftaten war unter den weißen Kolonialsoldaten höher als unter den schwarzen), umso mehr aber mit den Fantasien der Verfasser und Leser bzw. Betrachter. Das Bild der reinen, den schwarzen Unholden wehrlos ausgelieferten weißen Frau ließ sich zudem trefflich metaphorisch aufladen als Allegorie der durch Versailles ebenfalls wehrlos gemachten deutschen *Nation*, die von ihren Feinden vergewaltigt wird. Auch ihre Reinheit als die eines genealogisch bzw. rassistisch bestimmten Volkskörpers wird beschädigt durch die sexuellen Attacken der

Fremdrassigen auf die deutsche Frau. Die „Syphilitisierung“ und „Mulattisierung“ des deutschen Volkes durch die sexuellen Kontakte von Kolonialsoldaten und deutschen Frauen, die zu biologischer Minderwertigkeit führe, wird massenhaft beschworen. Allerdings ließ sich je länger desto weniger übersehen, dass es solche Kontakte auch auf freiwilliger Basis gab. Sie konnten in dem Konstrukt nicht anders denn als „Verbrechen gegen die deutsche Ehre“ interpretiert werden, zu deren Abwehr man ganz offen zu Handgreiflichkeiten gegen die betroffenen Frauen aufrief. Wigger interpretiert trefflich: „Das in der Kampagne gegen die ‘Schwarze Schmach’ erzeugte Bild von der bedrohten weißen Frau war deswegen auch eine unmissverständliche Drohung ihr gegenüber, sie im wahrsten Sinne des Wortes zur Sau zu machen, wenn sie die ihr zuge dachte Rolle verweigern wollte“ (128). Zuguterletzt wurde der Topos der Bedrohung der Reinheit und Integrität der deutschen Frau und des deutschen Volkskörpers durch die „Schwarze Schmach“ selbstverständlich auch im *Klassendiskurs* genutzt: Angesichts dieser Bedrohung müssten die Arbeiter endlich einsehen, dass ihre wahren Gegner nicht die (national gesonnenen) deutschen Unternehmer, sondern die Franzosen als Nation seien; es gehe darum, endlich den „Klassenkampf zu liquidieren und die Einheitsfront“ zu realisieren (zit. nach 192).

Mit diesen, direkt an die Kategorie Geschlecht anknüpfenden Verflechtungen sind die ideologischen Nutzungsmöglichkeiten des Konstrukts der „Schwarzen Schmach“ jedoch noch lange nicht erschöpft. Zwei von vielen weiteren seien hier noch erwähnt: Die bloße Tatsache, dass mit der Stationierung der Kolonialsoldaten durch die Franzosen „Angehörige einer ‘niederen Kulturstufe’ ... zu ‘bewaffneten Aufsehern über Weiße’ gemacht

wurden“, wurde als „Verrat an der weißen Rasse“ und „Schändung weißer Kultur“ (zit. nach 132) überhaupt interpretiert, durch die das legitime weltweite Herrschaftsgefüge (mit den Weißen an der Spitze) in Frage gestellt würde – ein direkter Appell an die anderen weißen Mächte, dem deutschen Erzfeind Frankreich das Handwerk zu legen. Und: Eine Nation wie die französische, die zu solchen Schandtaten fähig ist, kann selber nicht mehr der weißen Rasse und der weißen Kultur zugerechnet werden, sie muss selbst schon „vernegert“ sein.

Ich habe das Buch mit großem Gewinn gelesen, zum einen weil es eine Menge an Anschauungsmaterial über den Alltagsrassismus ausbreitet, zum anderen weil es dessen Logik klarer verdeutlicht als viele andere. Was ich mir gewünscht hätte, wäre ein bisschen mehr an Systematik bei der Darstellung der Verflechtungen zwischen den Kategorien Geschlecht, Rasse, Nation, Klasse (vielleicht wäre ein Tableau der möglichen und wirklichen Permutationen nützlich gewesen) und ein bisschen weniger an Redundanzen (gegen Ende überliest man vieles, weil man sicher ist, es schon mal gelesen zu haben). Bei einer derart materialreichen Arbeit sind dies aber allenfalls lässliche Sünden.

Gerhard Hauck

Brigitte Reinwald: *Reisen durch den Krieg. Erfahrungen und Lebensstrategien westafrikanischer Weltkriegsveteranen der französischen Kolonialarmee*. Berlin: Klaus Schwarz Verlag 2005 (Zentrum Moderner Orient Studien 18), 444 Seiten

Die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts bedeuteten auch für die Kolonialländer tiefe historische Einschnitte. In Französisch-

Westafrika stellten die *Tirailleurs Sénégalais*, also der militärische Verband, der bei der Eroberung dieser riesigen Gebiete im Zuge des *Scramble for Africa* Ende des 19. Jahrhunderts eine entscheidende Rolle gespielt hatte, eine militärische Ressource dar, die frühzeitig in die Planungen der französischen Militärführung einbezogen wurde. *Brigitte Reinwalds* Wiener historische Habilitationsschrift nimmt auf der Grundlage der Forschungsliteratur, von Archivalien, vor allem aber von durch die Autorin selbst sowie andere erhobener oraler Quellen zentrale Aspekte der damit eingeleiteten Entwicklung vor allem aus der regionalen Perspektive des südwestlichen, nordwestlichen und zentralen Burkina Faso in den Blick. Dabei geht es ausdrücklich weniger um die insgesamt bereits dokumentierten Ereignisse, sondern um deren Verarbeitung in Form unterschiedlicher Narrative und symbolischer Repräsentationen. Reinwald zeigt zunächst auf, wie sich der Militärdienst für Afrikaner in ein System, aber auch eine „Semantik der Zwänge“ einfügte, in dessen Zentrum Steuern, Zwangsarbeit und Zwangsanbau, endlich eben auch der Militärdienst standen. Zugleich erinnert sie nachdrücklich daran, dass es auch angesichts solcher Zwänge verfehlt wäre, Afrikaner einfach als Opfer eines kolonialen Ausbeutungssystems zu sehen, in dem das damalige Haute Volta, das heutige Burkina Faso, in erster Linie als Reservoir menschlicher Arbeitskraft für die Plantagen der Elfenbeinküste oder eben auch für das Militär diente. Immer wieder erscheinen im Rahmen des Migrationsgeschehens, etwa beim Ausweichen in die britische Kolonie Goldküste (heute Ghana), oder aber auch bei der Bewertung des Militärdienstes im Rahmen einer Gesamtbiographie als Erweiterung des Horizontes und persönliche Bewährung Afrikaner als

aktiv Handelnde, die ihr Leben gestalten und ihre Erfahrungen für sich interpretieren. Vor dem Hintergrund einer differenzierten Auseinandersetzung mit neueren Ansätzen zum nationalen und kollektiven Gedächtnis, vor allem auch unter Berücksichtigung der kritischen Debatte über den Ansatz von *Pierre Nora* mit seiner Privilegierung eines repräsentativen, nationalen Gedächtnisses, sieht Reinwald sich auf „Vexierbilder“ verwiesen, die aus der gegenseitigen Überlagerung zwischen „populären Gedächtnispraktiken der ‘Reisenden durch den Krieg’“ einerseits, den vorherrschenden „machtvollen Diskursen“ andererseits resultieren (138).

Damit ist zugleich der Spannungsbogen bezeichnet, der das gesamte Buch zusammenhält: Zum einen wird in den Interviews, die zusammen mit dem in anderen Kontexten erhobenen oralen Material einen Zeitraum von 1985 bis 1999 abdecken, die Perspektive der Veteranen deutlich; ihr wird der offizielle, vielfach gebrochene französische Diskurs gegenübergestellt, der in unterschiedlichen Formen zum Ausdruck kommt. Sie reichen von vor allem in der Zwischenkriegszeit in Westafrika und Frankreich errichteten Denkmälern bis zu der viel diskutierten Politik, mit der Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg und erst recht nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien die aus Afrika stammenden und dorthin zurückgekehrten Veteranen gegenüber denen aus der Metropole stammenden benachteiligt hat. Ein Großteil der eigens für diese Studie interviewten Veteranen wurden, anders als der Titel vermuten lässt, erst nach Kriegsende bis in die 1950er Jahre hinein rekrutiert und in den kolonialen Kriegen eingesetzt, die Frankreich vor allem in Indochina, Madagaskar und Algerien gegen die Unabhängigkeitsbewegungen geführt hat. Dies ändert freilich wenig Grundsätzli-

ches an den Befunden, die sich weniger auf das Kriegsgeschehen als solches als auf seine Verarbeitung sowie die Formen und Möglichkeiten einer Reintegration der Veteranen in ihre Herkunftsgesellschaften konzentrieren.

Dennoch spielen das Kriegsgeschehen während des Zweiten Weltkrieges und die Nachkriegszeit die zentrale Rolle in den Erzählungen und Lebensbilanzen der meisten befragten Veteranen. So liegt der Schwerpunkt der von Reinwald rekonstruierten Topographie des Erinnerns eindeutig in Frankreich sowie auf den übrigen Kriegsschauplätzen, vorwiegend im westlichen Mittelmeerraum, auf denen die afrikanischen Truppen des „Freien Frankreich“ eingesetzt wurden, aber auch auf den „Transitionszonen“, in denen sie gleichsam in ihre Aufgaben eingewiesen und wo sie nicht zuletzt nach Kriegsende teilweise jahrelang in Lagern auf ihre Repatriierung warten mussten. Emblematisch dafür steht die südfranzösische Stadt Fréjus, die zum logistischen Zentrum der Kolonialtruppen und schließlich zum Erinnerungsort an sie ausgebaut wurde.

Von zentraler Bedeutung sind die Überschneidungen zwischen den Erfahrungen der Fremde und den vielfältigen Formen der Diskriminierung, denen die *Tirailleurs* ausgesetzt waren, angefangen von der Verweigerung des Titels „Soldat“ und den von den in der *mère-patrie* Rekrutierten abweichenden, orientalisierenden Uniformen über die brutale Behandlung als Kriegsgefangene der Deutschen, die vielerorts afrikanische Gefangene sogleich erschossen – offenbar teilweise in Reaktion auf den Schreckensmythos, der sich an die Beteiligung von Afrikanern an der Besetzung des Rheinlandes nach 1918 heftete – oder sie in besondere Frontstalags mit erschwerenden Bedingungen sperrten, bis hin zu der

über Jahre sich hinschleppenden Repatriierung und der damit verbundenen offenen Diskriminierung bei Abfindungen und Soldnachzahlungen. Dies führte 1944 zum offenen Konflikt im Übergangslager Thiaroye bei Dakar, der mit einem Massaker an den protestierenden Veteranen endete und allgemein zu einem wesentlichen Bezugspunkt für die Bilanzen geworden ist, die westafrikanische Veteranen über ihre Erlebnisse ziehen. Dennoch stehen dem nach wie vor die Identifikation mit der Armee, die Erinnerung der liminalen Erfahrung des Kampfes und der Todesgefahr gegenüber, angesichts derer alle gleich waren und sich auch so empfanden. Aus diesem grundlegenden Erfahrungszusammenhang leitet sich ein in den Interviewpassagen vielfältig belegter, unter den Rückkehrern offenbar allgegenwärtiger Gleichheitsdiskurs, die „unumkehrbare Gewissheit als Gleiche“ (233) ab. Die Erwartung nach Gleichbehandlung und die Forderung nach Gleichheit wurde durch die französische Politik der Nachkriegsjahre systematisch frustriert, nicht nur durch spektakuläre und als emblematisch erinnerte Ereignisse wie das Massaker von Thiaroye, sondern dauerhafter durch die Benachteiligung bei der Rentenberechnung. So bildete sich einerseits unter den Veteranen ein gewisses Protest- und politisches Mobilisierungspotential heraus. In Burkina Faso etwa war dies freilich regional deutlich differenziert. Unbeschadet dessen blieben jedoch andererseits die „inkorporierte Identität dieser Männer“ und damit auch ihr „Patronage-Klientelverhältnis“ gegenüber Frankreich weitgehend intakt (333) und wurde oft durch die Vaterfigur Charles de Gaulles als des Führers des Freien Frankreich und der großen teils in den Kolonien rekrutierten Armee symbolisiert. Freilich fanden sich unter den

Veteranen auch frühe Aktivisten afrikanischer Parteien, die bei allen Unterschieden in der beabsichtigten Gestaltung der Beziehungen zur Kolonialmacht doch gerade in der Forderung nach Gleichheit ein breites Feld der Übereinstimmung aufwiesen.

Ein ähnlich widersprüchliches und vielschichtiges Bild ergibt sich auch aus den Lebensläufen und den ihnen wenigstens teilweise zugrundeliegenden Lebensentwürfen von Veteranen, die aufgrund der Situation der Rückschau unweigerlich mit autobiographischen Konstruktionen verwoben sind. Reinwalds Interviewpartner ließen sich ausdrücklich nicht in ihren Heimatorten, sondern in regionalen oder auch nationalen städtischen Zentren nieder, wobei allerdings offen bleibt, ob die mehrmals erwähnten landwirtschaftlichen Aktivitäten vieler Veteranen nicht doch im ländlichen Bereich angesiedelt waren. Bei allen Unterschieden in den beruflichen Karrieren, die vom Empfänger der eher kümmerlichen Veteranen-Rente bis zum zeitweiligen Staatspräsidenten des damaligen Obervolta reichen, schälen sich doch eine Reihe typischer Strategien und Verlaufsformen heraus. Reinwald betont vor allem einerseits das Autonomiestreben der Veteranen gegenüber ihren Herkunftsfamilien, das nicht zuletzt dafür verantwortlich gemacht werden dürfte, dass sich viele bald nach ihrer Rückkehr in den Städten ansiedelten, andererseits aber ihre von der Autorin als traditionell interpretierte deutsche Tendenz, unter Berufung auf islamische Normen Polygynie zu praktizieren. Die zahlreichen Kinder wiederum wurden fast durchgängig und offenbar auch weitgehend ohne Ansehen des Geschlechts auf die Schule geschickt, und die Nähe zu akzeptablen schulischen Angeboten scheint wesentlich auch die Entscheidung für das Wohnen in der Stadt mitbestimmt zu ha-

ben. Hinzu kommen verbreitete, von Reinwald allerdings mit großer Zurückhaltung interpretierte Initiativen zu lokalen Neuerungen, die Veteranen aufgrund ihrer Erfahrungen in der Armee offenbar entschiedener angingen als ihre Nachbarn. Eine spannende, hier nicht angesprochene Frage wäre dabei, wie sich solche Beobachtungen neben dem Bestreben, die „Distanz“ zwischen den unterschiedlichen Erfahrungszusammenhängen „zu überbrücken“ (280) oder als „‘Unternehmer‘ auf eigene Rechnung“ zu agieren (281), mit dem vielfach erwähnten Sachverhalt in Übereinstimmung bringen lassen, dass bei der auch in den Interviews durchaus als Zwangsmaßnahme, als Ergreifung dargestellten Rekrutierung ins Militär, soweit dies der Kontrolle lokaler afrikanischer Machthaber unterlag, nicht notwendig die aktivsten und aufstrebenden Angehörigen der männlichen Dorfjugend erfasst wurden, sondern er eine aus lokaler Sicht negative Auswahl getroffen wurde. Die Rolle der Veteranen, die teilweise auch in der Nachkriegszeit noch jahrzehntelang in der Armee gedient haben und bei der Unabhängigkeit in die Streitkräfte des späteren Burkina Faso überführt wurden, betrifft schließlich die gerade im Kontext der Militärregimes der 1970er und 1980er Jahre und nicht zuletzt im Hinblick auf Burkina Faso diskutierte modernisierende Rolle der Armee. Dies freilich reicht über den hier gewählten, entschieden auf die Ebene der Einzelakteure orientierten Zugriff deutlich hinaus. Seine Berechtigung wird nachhaltig durch den Ertrag des Buches unterstrichen, zu dem auch die abschließend in Auswahl wiedergegebenen Interviews einschließlich eines Gesprächs mit Joseph Ki-Zerbo zu zählen sind.

*Reinhart Kößler*